

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die "Volkstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Frank Wittmaack, Magdeburg. — Verantwortlich für Interate: Willi Blumröhm, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. F. A. & C. Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechnummer: 1567 für Amerika 1794 für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Aufstellung 3.75 M., monatlich 1.25 M. Beim Abschluß vom Verlag und den Ausgabestellen vierterjährlich 3.45 M., monatlich 1.15 M. Bei der Postanstalten viertel-, 3.75 M., monatlich 1.25 M. ohne Beistellgeld; Schufte Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die zugeschaltete Kolonialzelle 25 Pf. Anzeigen vor auswärts 35 Pf. im Inlande 1.05 M. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postcheckkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 46.

Magdeburg, Sonnabend den 23. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Preußenschmach.

Mit dem Beschuß des Wahlrechtsausschusses vom 20. Februar hat sich das preußische Dreiklassenhaus im Herzen des deutschen Volkes ein Denkmal gesetzt: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Die Schamlosigkeit des Beschlusses, der das gleiche Wahlrecht ablehnt, und ein plutokratisches Geschlafsenwahlrecht einführen will, übersteigt alle Vorstellungen: Solange die Idee des Pluralwahlrechts noch ernsthaft diskutiert wurde, galt es als ausgemacht, daß bei einer Beteiligung mit Mehrstimmen die Kriegersteilenehmer in die erste Reihe treten würden. Denn wenn man sich nun einmal auf den Standpunkt stellt, daß staatsbürglerliche Recht nach den Verdiensten des einzelnen am Staate zu bemessen — wie sollte es dann möglich sein, djenigen unberücksichtigt zu lassen, deren Verdienst am Staate über jeden Zweifel erhaben ist, und deren Lob in allen Tonarten gefungen wird!

Es war weiter vorzusehen, daß das Pluralwahlrecht an solchen Erwägungen scheitern müßte. Denn die Kriegsteilnehmer sind nun einmal in ihrer ungehohenen Mehrzahl arme Teufel, die herrschenden Parteien im preußischen Dreiklassenhaus haben aber nicht das allergeringste Interesse daran, arme Teufel mit einem Mehrstimmenrecht auszustatten. Ganz im Gegenteil, der Kampf dreht sich doch darum, zu verhindern, daß sich die

ungeheure Mehrheit der Besitzlosen

im Staate ihrer Macht bewußt wird und aus ihrer Machtstellung Folgerungen zieht, die den Besitzenden unangenehm sind.

So hat sich denn der preußische Wahlrechtsausschuss auch nicht geschämt, den Klassenkampf-Charakter des von ihm gewollten Wahlrechts in aller Form deutlich auszuprägen. Zu der Grundstimme, die jeder Wähler besitzt, sollen fünf Zusatzstimmen hinzutreten, von denen vier ausschließlich Prezigeien der besitzenden Klassen sein würden. Sie betreffen das Vermögen, das Einkommen, die selbständige Erwerbstätigkeit und die Schulbildung. Ein Konservativer leistete sich sogar noch den frechen Witz, die Vermögenszusatzstimme für durchaus demokratisch zu erklären: Denn jeder Arbeiter hätte in dieser Zeit die Gelegenheit gehabt, mehr als 6000 Mark zu sparen. Abgesehen davon, daß dies eine

grenzenlose Verhöhnung der Arbeiter

im Zivilrock ist, hat der Herr ganz vergessen, daß für die Millionen, die draußen stehen, diese Zeit wirklich keine Zeit der Ersparnisse gewesen ist. Angeföhrt solcher Neuerungen erkennt man immer wieder die reizende Tiefe jener Kluft, die die Masse des deutschen Volkes von einer kleinen Minderheit trennt. Eine Verständigung ist da jämmerlicherdings unmöglich.

Was soll man dazu sagen, wenn ein anderer konservativer Redner faltblütig erklärt: Um Volkssouveränität, die infolge der Ablehnung der Wahlreform eintreten könnten, brauchte man keine Sorge zu haben, die würden in Gewalt niedergejagten werden: Ja, was Herr von Oldenburg jüngst unter dem tosenden Beifall der Landwirbtürme ausprach, war keineswegs die bloße Ausschreitung eines einzelnen Konservativen Ideal, konservativer Ziel ist der.

Kanzler, der auf das Volk schießen läßt.

In jener Paradesitzung des Bundes der Landwirte hatte sich auch als Ehrengast der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Vorsitzender a. D. Roetger, eingefunden und namens der Südwirtschaft ein Treuegelöbnis für das reaktionäre Agrarpartizipat abgelegt. Das Wort des Herrn Roetger ist am letzten Mittwoch von jenen vier Nationalliberalen einzeln worden, die im Wahlrechtsausschuss gegen die Regierungsvorlage und für den konservativen Antrag stimmten. Zum Worte Roetgers stehen ferner jene 44 Nationalliberalen, die in einer Fraktionssitzung gegen eine Minderheit von 25 die Ablehnung des gleichen Wahlrechts und das Festhalten am Pluralwahlrecht beschlossen. Man muß für alle Zeit daran festhalten, daß zur selbigen Stunde, da Stresemann im Reichstag höchst nationale Lüne schwang, seine Partei-freunde im Dreiklassenhaus eine

Zat der nationalen Schmach

beginnen, indem sie sich für die Entfernung der Kriegsteilnehmer gegenüber den reichen Kriegsgewinnern aussprechen. Die nationale Gejagung von Leuten, die solche Beihilfen suchen, ist nichts als Scham und Schein. Sie haben ihre

nationale Masse abgelegt und sich durch ihren Beschuß gekennzeichnet als das, was sie sind: Als Reichsfrauen, denen das Schicksal des deutschen Volkes und Landes in der Stunde höchster Gefahr nichts ist gegenüber dem Privilegien-System der Besitzenden.

Was wird die Regierung tun? Würde sie heute schon die Dreiklassenbude räumen und auf andre Weise für die Einführung des gleichen Wahlrechts sorgen, wofür die verschiedensten anständigen und bequemen Wege offen stehen, so würde das von der ungeheueren Mehrheit des Volkes mit bestmöglichem Beifall aufgenommen werden. Nachdem Graf Hertling den streiken Arbeitern gegenüber den starken Mann gezeigt hat, wäre es an der Zeit für ihn zu zeigen, daß er das nach einer andern Seite hin auch könnte. Die Regierung sieht aber nicht heroische Entschlüsse, sie zieht es vor abzuwarten, und setzt jetzt ihre Hoffnung auf die zweite Lesung im Plenum.

Nach allem, was bisher geschehen ist, ist jedoch kaum zu glauben, daß sie noch um den offenen Konflikt herumkommen wird. Diesem Konflikt kann sie dann freilich mit der größten Seelenruhe entgegensehen, vorausgesetzt, daß sie ihr Wort ehrlich halten will. Macht sie Ernst, so kann es binnen 24 Stunden mit dem ganzen Dreiklassen-Plenum zu Ende sein. —

Nationalliberale Schande.

Im preußischen Wahlrechtsausschuss waren 18 Stimmen des Zentrums, der Polen, der Fortschrittsler und der Sozialdemokraten für das gleiche Wahlrecht, 16 Stimmen der Konservativen und Freikonservativen dagegen; die Entscheidung lag bei den sechs Stimmen der Nationalliberalen. Von diesen haben vier gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt, nicht nur die Schwerindustriellen, sondern auch der neue Fraktionsvorsitzende Dr. Lohmann. So fiel das gleiche Wahlrecht. Der nationalliberale Fraktionsführer Dr. Lohmann hat sich nach der Abstimmung beeilt, zu erklären, es handle sich um eine vorläufige Entscheidung, ihre endgültige Stellung behielten sich die Nationalliberalen vor. Den Leuten fehlt es schon wieder selbst an Mut zu ihrem Verbrechen am Volke: kaum hatten sie abgestimmt, waren sie sich schon wieder zweifelhaft, ob sie nicht eine riesige Unachtsamkeit begangen hätten.

Das haben sie nun allerdings getan! Eine schlimmere Herausforderung des arbeitenden Volkes

als diese Abstimmung ist ja gar nicht denkbar. Das Zentrum hat sich wunderbar schlau aus der Affäre gezogen. Auch im Zentrum gibt es nämlich Elemente, die keineswegs das Zustandekommen des gleichen Wahlrechts in Preußen wünschen. Sie hatten bei den Nationalliberalen die Vorstellung erwartet, als würden auch einige Zentrumslute gegen das gleiche Wahlrecht stimmen. Als aber das Zentrum sah, daß die Nationalliberalen schon das gleiche Wahlrecht zu Falle brachten, stimmte es einmütig für die Regierungsvorlage und sicherte sich dadurch den Glorienschein einer ehrlichen Volkspartei, während sich die Nationalliberalen bis über die Ohren blamierten und dicht davorblicken, ihre

ganze Partei zu sprengen.

Denn man bedenke doch: die nationalliberalen Parteiführer Dr. v. Strause und Dr. Friedberg treten in die Regierung ein, um die Wahlreform des gleichen Rechtes durchzuführen zu helfen. Die nationalliberale Reichstagsfraktion ist Antreiber auf diesem Gebiet; ihr Führer Dr. Stresemann hat schon Behmann als einen seiner politischen Hauptfeinde angesehen, daß er nicht rechtzeitig die Wahlreformvorlage in Preußen eingebracht hätte. Die nationalliberalen Organisationen im Land, in denen natürlich auch keine Dreiklassenwahl besteht, sondern jedes Mitglied nur eine Stimme hat, sprechen sich mit überwältigender Mehrheit für das gleiche Wahlrecht aus. Die jüdischen Fraktionen des Liberalismus nahmen ihre Kollegen in Preußen dringend, dem gleichen Wahlrecht keine weiteren Hindernisse in den Weg zu räumen; denn sie machten dadurch die Stellung der Liberalen im Süden ganz unhalbar.

Und trotzdem und trotz allerdem bringen die Nationalliberalen in der Wahlreformkommission das gleiche Wahlrecht zugunsten eines Dreiklassenwahlrechts

zu Falle! Am Montag sollen die Nationalliberalen in der großen Staatsdebatte des Reichstags ihren Mann stellen. Was können sie andres sagen, als daß ihre Parlamentsvertreter in Preußen widerwärtige Rückstittler sind und die Erhaltung ihrer Vorrechte über alle Rückstücher auf Deutschland stellen! Das endliche Zustandekommen des gleichen Wahlrechts in Preußen ist ja in diesem Augenblick eine nationale Notwendigkeit, ein unentbehrliches Hilfsmittel zum Bestehen des Krieges; es ist im höchsten Sinn eine deutsche Forderung, eine Forderung Deutschlands. Und da verfügen die Nationalliberalen, die ihre ganze Werbearbeit damit bestreiten, daß sie eine ganz besonders nationale Partei seien, weil sie stets und unbedingt die Interessen des Reiches über alle Sonderwünsche zu stellen entschlossen seien.

Mit ihrer Gegnerhaft gegen das gleiche Wahlrecht in Preußen begehen die Nationalliberalen politischen Selbstmord.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion kann sich diese Versiegung durch die nationalliberalen Dreiklassenpartizipatorier unmöglich gefallen lassen; lenken diese nicht schleunigst ein, dann muß ihre Partei darüber zugrunde gehen.

Die Regierung will gegenüber dem Beschuß des Wahlrechtsausschusses sich einstweilen zurückhalten. Sie klammert sich an die Hoffnung, in der zweiten Ausschusssitzung oder bei der zweiten Lesung in der Vollversammlung doch noch eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zusammenbringen zu können. Hoffentlich ist sich die Regierung darüber klar, daß sie nicht viel Zeit zu verlieren hat. Denn die Unruhe im arbeitenden Volke wird nach diesem Beschuß der Wahlrechtskommission ins Ungleiche machen und kann leicht verhängnisvolle Folgen haben.

Regierung und Nationalliberalen haben Existenz und Zukunft verspielt, wenn das gleiche Wahlrecht endgültig fällt. Aber ihr Schicksal ist schließlich ihre Sache. Erster ist, daß sie

Deutschland gefährden,

wenn sie den Volksmassen drinnen und draußen zeigen, daß man sie nach errungenem Siege wieder zu betrügen gedenkt. Damit sind die Nationalliberalen zu Reichsfrauen geworden, und das öffentliche Wohl verlangt, daß die Regierung ihren Wahlrechtswiderstand um jeden Preis so rasch wie möglich bricht. Ehre und höchstes Interesse der Arbeitersklasse sind bei diesem Wahlrechtskampf engagiert. Sie werden von uns nicht preisgegeben werden. —

Aus dem Wahlrechtsausschuß.

Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses hat am Donnerstag die Verarbeitung der Wahlreformvorlage vorläufig beendet. Eine große Reihe von Fragen freilich soll noch in einer Unterkommission geklärt werden. Das gilt in erster Linie für die Frage der Erfüllung des Wahlfrechtes, für die sich die Mehrheit der Kommission grundsätzlich ausgesprochen hat. Der Unterabschluß soll insbesondere die Frage zu prüfen haben, welche Gründe für das Verbleiben von der Wahl maßgebend sind und welche Schritte im Falle der Erzielung von ständigen Wählerlisten, wie sie heute bereits die Landgemeinde- und Städteordnungen vorbereiten, in dem Unterabschluß überzusetzen. Da der Hauptfach wird er sich zu beschäftigen haben mit den Anträgen, die sich auf die Einführung des Proporzes, auf eine neue Wahlkreiseinteilung und auf die Frage der Stichwahl beziehen.

Die Frage des Proporzes d. h. der Verhältniswahl spielt in den Debatten eine große Rolle. Es liegen hierzu ein fortwährender und ein nationalliberaler Antrag vor. Nach dem fortwährenden Antrag soll in Wahlbezirken mit mehr als 200 000 Einwohnern für jede weitere eingezogene 100 000 je ein neuer Abgeordneter hinzutreten.

In den Debatten erklärte sich unser Vertreter ebenso wie der Soße grundsätzlich für die Verhältniswahl über ganz Preußen. Sie wandten sich aber beide mit Schwäche gegen die vorliegenden Anträge, die ein Ausnahmegesetz gegen bestimmte Kreise der Bevölkerung, vor allem gegen die Polen, derselben. Der Minister des Innern gab die Erklärung ab, daß die Regierung sich auf den Boden der Verhältniswahl begeben würde. Das System erscheint ihm dort angebracht, wo es sich um sehr dichtenwölkige Wahlkreise handelt, wo die Minoritäten so erheblich sind, daß sie unter normalen Verhältnissen allein einen Abgeordneten wählen würden. Es werde allerdings notwendig sein, die betreffenden Kreise im Gesetz namentlich anzuführen. Besonders angezeigt sei die Verhältniswahl in den gewerblichen Bezirken.

Die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses wird aufgenommen, wenn die Unterkommission ihre Arbeit beendet hat, nicht vor Ablauf einer Woche. —

diesem Wege fortfahren, und daß der deutsche Vormarsch in Russland nicht fortgesetzt wird. Österreich-Ungarn würde sich weder direkt noch indirekt, weder als Nutznieter, noch als Erzähmungskraft nach dem Westen hin an derartigen Unternehmungen beteiligen. Das Kriegsspiel sei erreicht. Es habe nicht die Aufgabe, London zu erobern oder die Fländern vom belgischen Sothe zu befreien; die Österreicher hätten auch nicht die Aufgabe, als Ordnungsgendarmen zu wirken...

Soweit der Bericht, den u. a. die Berliner Scherblätter veröffentlichten. Hinzugefügt sei noch, daß die deutsche Regierung durch ihren Wiener Botschafter bei dem dortigen Ministerium des Auswärtigen formelle Vorstellungen hat erheben lassen, weil die polnischen Angriffe auf Deutschland sogar durch das — amtlich — Correspondenzbüro verbreitet worden sind.

Der Proportz zum Reichstag.

Dem Reichstag ist, wie schon angekündigt, eine Vorlage für Wahlkreis im Reiche zugegangen, die das Reichstagswahlrecht in bemerkenswerter Weise ändert. Es handelt sich um die Wahlkreiseinteilung, die, wie man weiß, seit 1869 unverändert geblieben ist. Jetzt sollen die Wahlkreise, die ursprünglich durchschnittlich 100 000 Seelen zählten, aber inzwischen vielfach infolge der Industrieentwicklung zu gigantischer Größe angewachsen sind, wieder ein wenig in Ordnung gebracht werden.

Die vorgeschlagene Reform ist nun nicht eine glatte Neuerteilung, so daß etwa jetzt Wahlkreise von 150 000 Seelen gebildet würden, sondern nur ein Stückchen Rottgeley. Die Wahlkreise, die weniger als 300 000 Einwohner haben, bleiben so, wie sie bisher waren. Die Neuenwahlkreise mit mehr als 300 000 Einwohnern erhalten in Zukunft für je 200 000 solle und jedes weitere Hunderttausend angesagte Einwohner einen Abgeordneten. Ein Wahlkreis mit 290 000 Einwohnern — wie Magdeburg — wird also durch die Vorlage überhaupt nicht berührt. Ein Wahlkreis mit 300 001 bis zu 499 999 Einwohnern erhält zwei Abgeordnete, ein Wahlkreis mit mehr als 500 000 Einwohnern drei Abgeordnete usw.

In diesen Neuenwahlkreisen sollen nun aber die Sitz nicht sämtlich der Partei zufallen, welche die meisten Stimmen hat, sondern nach der Verhältniszählung unter den Parteien verteilt werden. Chemnitz hatte bisher z. B. ein Mandat, das seit langem in sozialdemokratischen Händen war. Bei der letzten Wahl erhielten wir dort 42 000 Stimmen, die Nationalliberalen 16 500, die Konservativen 6800. Die Stimmenzahlen werden nun der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, je nach der Zahl der zu besetzenden Mandate, und die bei diesem Divisionsegemel jeweils höchste Stimmenzahl erhält das Mandat zugesprochen. In Chemnitz falle das erste Mandat der Sozialdemokratie zu; teilt man aber die sozialdemokratische Stimmenzahl durch 2, so ergibt sie 21 000, und da an diese Zahl die bürgerlichen Stimmenzahlen ebenfalls nicht herantreichen, würde ihr auch das zweite Mandat zugesprochen werden. Hätten sich in diesen Nationalliberalen und Konservativen auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, oder, was in Zukunft möglich sein soll, ihre Listen vereinigt, so hätten sie zusammen 25 300 Stimmen gehabt, so daß das zweite Mandat ihnen und nicht der Sozialdemokratie zugekommen wäre.

Dieses Verhältniszählrecht wird in Zukunft demnach in allen großindustriellen Bezirken herrschen. Die Gesamtzahl der Mandate wird insgesamt um 44, von 397 auf 441 vermehrt. Wie viele von diesen Mandaten der Sozialdemokratie und wie viele den bürgerlichen Parteien zufallen werden, darüber verfügte selbst auf Grund der Wahlergebnisse von 1912 nur eine sehr gründliche Nachforschung Klarheit zu schaffen. Nun ist aber nichts gewisser als dies: die Abstimmungsergebnisse von 1912 haben für die nächste Wahl, die nach der ungeheurem Umwälzung dieses Krieges stattfinden wird, nicht mehr die Bedeutung, die sonst frühere Wahlergebnisse für den nächsten Wahlgang haben. Nicht nur Sozialdemokraten sind fest davon überzeugt, daß die Erfahrungen dieses Weltkriegs die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bedeutend vermehren müssen. Auf der andern Seite läßt sich gar nicht abschätzen, wie gute Aussichten die sozialdemokratische Parteipolitik einmütig vorgehenden bürgerlichen Parteien gibt, in jedem Wahlbezirk wenigstens die Hälfte oder ein Drittel der sozialdemokratischen Stimmenzahl aufzubringen, und sich dadurch den zweiten oder dritten Sitz zu sichern.

Läßt sich also die Wirkung der neuen Wahlkreiseinteilung nicht vorhersehen, so liegen zwei Einwendungen gegen sie sofort auf der Hand. Einmal ist es augenscheinlich ungerecht, daß im offenen Gegensatz zu der ursprünglich festgelegten Gleichheit der Wahlkreise, auch in Zukunft große und kleine Wahlkreise nebeneinander bestehen werden. Wie bisher wird die Stimme des großstädtischen Wählers in vielen Kreisen weniger Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstags haben, als die Stimme des Bürgers aus irgendeiner agrarischen Gegend oder irgendeinem winzigen Kleinstaat. Ebenso ungerecht wie diese festgehaltene Ungleichheit ist die neue Ungerechtigkeit, das Verhältniszählrecht nur auf die großstädtischen Bezirke und nicht auf die übrigen Wahlkreise zu erstrecken. Man schützt dadurch die kapitalistischen Minderheiten in den Großstädten und entzieht die sozialistischen Minderheiten in den Kleinstädten.

Aber trotz aller dieser Einwendungen bleibt die Vermehrung der Reichstagsmandate um 44 Sitz, die den Großstädten zufallen ein Fortschritt. Berlin erhält mit seinen Vororten 20 Mandate statt bisher 8, Hamburg 5 statt 3, Leipzig 4 statt einem, Nürnberg und Dresden 3 statt 2 und die meisten andern Großstädte 2 statt bisher einem. Selbst angenommen, daß den Hauptvorteil davon zunächst die Liberalen halten, bedenkt diese Reform der Wahlkreiseinteilung

eine Verstärkung der fortschrittlichen Elemente im Reichstag, wird sie doch das Bild der Volksvertretung mehr den wirtschaftlichen Zuschauen anpassen als bisher.

Bayerischer Zorn.

Zum schönen Miesbach in Bayern leidet der „Inziger“, das dort erscheinende Pressezeugnis, ebenso unter der Papierknappheit wie die übrige deutsche Presse. Dem Redakteur ist anscheinend nunmehr die Geduld ausgegangen und er entschließt sich, endlich einmal ehrlich bayrisch mit den seiner Ansicht nach Verantwortlichen für die Papierbeschaffung zu reden. Er meint:

„Schuld daran sind die Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe in Berlin und der Verband deutscher Druckpapierfabrikanten in Berlin, also zwei Berliner Gründungen, die im edlen Beifluss dafür sorgen, daß die deutsche Presse ohne Papier bleibt. Bei dieser Schweinewirtschaft in den Berliner Centralpalästen, bei dem organisierten Durcheinander und bei dem ganzen Faustierbetrieb, der da herrscht, wunderten wir uns nicht mehr, wenn wir erst ein Vierteljahr nach der Bestellung beliefern wurden. Wenn aber sieht, daß diese Eisenhämpelei trockenhaft ins Ungeheure wächst, wenn man statt Papier frischpäckige Antwort aus Berlin erhält, wenn man vor der Einführung des Betriebs steht, weil es den Berliner Kriegsbetrieben zu den jünglingen ja gefällt, dann dürfte es Zeit sein, daß man die breiteste Deffensivkraft auf diese unqualifizierte Berliner aufmerksam macht. Hört, was helfen mag — durch Höflichkeit erhält man nichts, weniger kann man durch Grobheit auch nicht erhalten.“

Es zeigt sich also, daß ein echter Bayer das Schimpfen noch nicht verlernt hat. Aber wir glauben kaum, daß er dadurch mehr Papier bekommen hat. Nur seinem Ärger hat er mal Lust gemacht und das ist schon viel wert.

Was den Kopf kostete.

Nicht wie sind die Spötter. Das Pariser Blatt „L'Officier“ hat das Wort:

„Unter allen Zeugenaussagen“, schreibt das Blatt, „war die des Juweliers Lepée für Volo die vernichtendste.“

„Mehr noch“, erklärte der Inhaber des großen Juweliergeschäfts „hat Volo in Begleitung seiner Frau bei mir Schmuckstücke im Werte von 150 000 und selbst 300 000 Franc gekauft.“

„Die für seine Frau bestimmt waren?“

„Ja, für Frau Volo! Im Juni 1916 kaufte er ihr noch einen Anhänger für 70 000 Franc. Und er zahlte immer auf Heller und Pfennig. Er ist der einzige Kunde, dem ich niemals eine Rechnung zweimal einzureichen hatte.“

Bei diesen Worten ging ein ironisches Gemurmel wie ein Lädenstrom durch den Saal.

„Ja, war es denn möglich! Ein Mann von Welt wie Volo war so schlecht über die Gebräuche der Gesellschaft, zu der er zählen wollte, unterrichtet, daß er nicht einmal die elementarsten Grundregeln beobachtete? Ein Mann von Welt schenkt seiner Frau keinen Anhänger für 70 000 Franc, er schenkt ihr vom Gelde seiner Frau irgendeiner Dame vom Ballett. Dieser Volo-Poche ist wirklich ein abgefeinter Schurke, der die Damen vom Ballett um Brillanten bringt, die nur ihnen zu stehen, und seiner eignen Frau Geschneide macht, wie sie lediglich Maitresses zusammen.“

Und dann, ein Mann von Welt zahlt keine Lieferanten nicht logisch. Das ist der schlagendste Beweis dafür, daß der Mann keine Lebensart hatte. Man muß seinen Schneider sich die Beine abläufen lassen, muß den Juwelier mindestens ein paar Monate lang die Klingel abtreiben lassen, so will es der gute Ton. Ein seiner Mann bezahlt nur, wenn er wirklich schon nicht mehr anders kann. Dieser Volo-Poche war ein Emporkommungskrimineller Sorte...

Von dem Augenblick an, wo dieses bekannt wurde, war Volo gerichtet. Er hätte freigesprochen werden, zu seinen Millionen und seinen Frauen zurückkehren können, seine Stellung in der Gesellschaft wäre für immer erschüttert geblieben.“

Und Volo-Poche wurde als Verbrecher zum Tode verurteilt.

Widerstand gegen den Staatssozialismus.

Die Handelszeitung der „Times“ für Januar 1918 veröffentlicht auf Seite 24 einen Leiterbrief unter der Überschrift „The official Debate on the Control of Trade“, der sich gegen den während des Krieges in England eingeschlossenen Staatssozialismus wendet:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß die Geschäftsführer im ganzen Lande mit wachsender Unruhe die aufeinander folgenden Maßregeln beschließen, die die Regierung ergreift, um das Wirtschaftsleben des Landes unter ihre direkte Herrschaft zu bringen... Die neuen Vorlage betreffen Einfuhr und Ausfuhr verschärft die Unruhe der Geschäftsführer, denn diese befürchten, daß die Vorlage ihren damaligen Charakter habe und daß die Regierung auch nach Abschluß des Krieges den Außenhandel zu beherrschend gedachte und den Geschäftsführern nichts gestatten würde, ihre Einfuhre und Verfahrre nach den Grundzügen des Handels zu regulieren.“

Die „Times“ bemerkt jetzt, auf es unglücklicherweise Seite gebe, die die alten Handelsbeziehungen mit den seidenlichen Ländern wieder aufzurichten möglichen und daß die Regierung deshalb richtig handele, indem sie diesen Seiten die Möglichkeit nehme, ihre Absichten auszuführen, aber im allgemeinen sind die Vertreter des Handels und der Industrie der Ansicht, daß die staatliche Beherrschung des Handels nur von möglichst kurzer Dauer sein müsse, jedenfalls nicht für 5 Jahre nach Friedensschluß, wie die genannte Vorlage über Einfuhr und Ausfuhr dies fordere.

Die Vertreter des Handels fordern eine Abordnung zum Handelsminister Sir Albert Stanley, der ihm in längeren Ausführungen antwortete, die jedoch nur zum Teil der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden. Stanley versicherte, daß der Vergrund der Vorlage nichts mit Sozialismus zu tun habe:

Die Vorlage begreift nur einer Loge Rechnung zu bringen, wie sie nach Kriegsende antreten müßt. Die Beschränkung der Einfuhr und die vielen Beschränkungen der Zustände sind dem Mangel an Schiffsräumen geschuldet. Die ursprünglichen Behauptungen der „Times“ wurden aus Gründen der Sicherheit vorgenommen, aber mit dem Fortgang des Krieges möchte der

Schiffsmangel wieder Gefahrenungen notwendig. Es ist nun selbstverständlich, daß die Einführung der Feindseigkeiten keine sofortige Lösung jenes Mangels bringen kann. Die Regierung wird vor der Frage stehen, wie sie in ihrer Beherrschung des Wirtschaftslebens nachlassen soll, ohne eine wirtschaftliche Panik hervorzurufen, und diese Frage wird noch erörtert werden durch die Notwendigkeit, die Bevölkerung Englands und der Verbündeten mit Nahrungsmitteln zu versorgen und Rohstoffe aufzutreiben, um die Arbeiter zu beschäftigen.

Deshalb, meinte Stanley, sei ein sofortiges Auflösen der staatlichen Beherrschung des Handels nicht zu denken. Schließlich, sagte er, was würde es nützen, die sogenannten Staatssozialistischen Gesetze und Vorlagen zu beseitigen, wenn die Wahlen nach dem Krieg eine sozialistische Regierung ans Ruder bringen würden?

Diese Fragestellung war offenbar ein Schredder, um die Vertreter des Kapitals zu beruhigen, sich mit dem sogenannten Staatssozialismus zufrieden zu geben.

Notizen.

Annahme des Friedensvertrags. Am Donnerstag wurde in der Nachmittagssitzung des Hauptrates des Reichstags der Friedensvertrag mit der sozialistischen Volksrepublik gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Abgeordneten angenommen. Die Abstimmung war ausgeschlossen, ebenso wie die Abstimmung nicht auftauchte.

Montag großer Tag im Reichstag. Nach der „B.Z.“ wird am Montag sowohl der Reichskanzler Graf Hertog wie auch der Botschafter v. Payer im Reichstag das Wort ergreifen. Der Reichskanzler wird zur auswärtigen Politik sprechen, und man darf wohl an diesem Tage eine große programatische Rede erwarten. Payer wird sich mit innenpolitischen Fragen beschäftigen, und man geht kaum fehl in der Frage, daß auch die Frage des preußischen Wahlrechts in seiner Rede eine wichtige Rolle spielen wird. Der Dienstag dürfte im Reichstag sitzungsfrei gelassen werden, um den Fraktionen Gelegenheit zu Besprechungen und zur Fassung von Entschlüssen zu geben.

Schiebungen mit Weiß. Im Landkreise Hanau sind innenpolitische Weißlagerungen aufgedeckt worden. Der mit der Lebensmittelverteilung betraute Stadtbaurat Wolther hatte angeblich ausländisches Weiß angefaßt, das aber teils auswärts, teils im Landkreis Hanau selbst erworben und zu hohen Preisen an die Landgemeinden abgegeben wurde. In den Gewässern teilten sich Wolther und dessen Heizer.

Für 35 000 Mark Weiß beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei in Siegen beschlagnahmte für 35 000 Mark gesetzte Leinen, die der Künster einer Schreinerei stellte sie auf die Höhe zum Gerland zu bringen, an einer Stelle für 15 000 Mark verkauft hatte. Der Künster ist mit 7000 Mark nach Rußland geflüchtet.

Die Opfer des Luftangriffs auf London. Aus London wird offiziell gemeldet: Durch den Luftangriff in der Sonntagnacht sind 19 Personen getötet und 34 verwundet worden.

Der Zivilgefangenen-Austausch mit Russland. Nach dem Abzug der Abreise der deutschen Mitglieder der Petersburger Kommission haben diese mit den russischen Vertretern unter dem Vorbehalt der Genehmigung ihrer Regierung eine Vereinbarung über die Herabsetzung der beiderseitigen Zivilangehörigen unterzeichnet. Aus dem Besitzungen dieser Regierung ist hervorzuheben, daß die von den russischen Truppen nach Russland fortgeführten Offiziere ohne Rückicht auf Alter und Geschlecht in die Heimat befördert werden sollen. Solchen über 25 Jahren in Russland zurückgebliebenen deutschen Zivilpersonen sind zunächst die Frauen und Mädchen, die Dienststümmerlichen Männer innerhalb dieser Altersgrenze sowie die Arbeiter und Geistlichen jedes Alters beizugehören. Die entsprechenden Klassen der aus dem unbefestigten Russland kommenden Russen, die noch im Deutschen zurückgeblieben waren, sollen nach Russland befördert werden. Die Herabsetzung soll, soweit nicht auf Antrag Einzelne gestattet werden, in Transporten erfolgen, die möglichst bald in Verbindung mit der Herabsetzung der Kriegsgefangenen durchgeführt werden. Offiziere und Unteroffiziere werden zunächst die Frauen und Jugendliche Personen unter 16 und über 45 Jahren, die Dienststümmerlichen Männer innerhalb dieser Altersgrenze sowie die Arbeiter und Geistlichen jedes Alters beizugehören. Die entsprechenden Klassen der aus dem unbefestigten Russland kommenden Russen, die noch im Deutschen zurückgeblieben waren, sollen nach Russland befördert werden. Die Herabsetzung soll, soweit nicht auf Antrag Einzelne gestattet werden, in Transporten erfolgen, die möglichst bald in Verbindung mit der Herabsetzung der Kriegsgefangenen durchgeführt werden. Bei der Abfertigung sind zunächst Frauen und jugendliche Personen unter 16 Jahren sowie Männer, im übrigen die Offiziere zuerst zu berücksichtigen. Wegen der Herabsetzung der dienstbegleitenden männlichen Zivilpersonen im Alter zwischen 16 und 45 Jahren wurde eine besondere Vereinbarung vorbereitet. Die deutsche Regierung hat ihre Genehmigung zu der Vereinbarung ausgesprochen, die Genehmigungsverfügung der russischen Regierung steht noch aus. Indessen war bei den Abreisen der deutschen Künster bereits mit dem Abtransport der deutschen Zivilpersonen aus Petersburg nach den Gründzügen der neuen Vereinbarung begonnen worden. Die Weiterführung des Abtransports wird naturgemäß von der Entwicklung der Dinge in Russland abhängen.

Rintf und Dubno.

S. S. Großes Hauptquartier, den 22. Februar 1918. (Russisch.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenverstärkungen. Kleinere Erfundungsgeschäfte. In der Nähe Pskow wurde eine englische Feldwache übernommen und gesangen.

In den letzten drei Tagen wurden im Kuffkampf und von der Erde aus 24 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

In Estland wurde Kapitel genommen. Das erste Grenzregiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt.

In Livland stießen unsere Kolonnen über Riga, Pskow und Spandau hinaus vor.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Riga eingerückt. Von dort rückte sie bis Rintf vor.

Heeresgruppe Lüttich.

Bei Unterstützung der Ukraine in ihrem Befreiungskampf werden Fortschritte erzielt. In Nowgorodwestu ist die Verbindung mit ukrainischen Abteilungen aufgenommen.

Andere Kolonnen marschieren auf Dubno.

Der Erste Generalquartiermeister Endendorff.

RAT

Auskunft und alle schriftlichen
Arbeiten im Rechtsverfahren, insbes.
Abfassung von Klagen, Verträgen, Schreib-
sätzen, Testamente etc. bei Rechtsanwälten
z. B. Lebzigoff, Große Münzstraße 5
Fotogalerie 2276. — Sprechst.: 9—11
3—8, Sonntag 9½—12½ Uhr.

**Gasherde
Gasgrillöfen
Gasbadöfen**

ingwer-Zigarren zu jeder
Zeit 511

S. G. Stell
Spartenjahrzeit
Gärtnerstr. 33
zu jeder Zeit 511

Zigaretten
Zigaretten zu jeder
Zeit 511

Gaar
kleine Nahfahrten
zu jeder Zeit 511

Louis Levy, Wandsbek H.
zu jedem Tag, abgesehen von
sonnigen Tagen am Spaten, 230 bis 250 Mark pro Stunde.

Zöpfe
zu jeder Zeit 511

Prinz Würstchen
zu Wurst a. Zwiebeln- u. Rüben-
kraut 100 Mark pro Stück 511

PROSOI
Der Schleißschutz


**Schützen Sie
Ihr Letztes
Prestige**
durch Einsetzen von
Prosol
zu haben in fast allen
einfachig, Geschicklich,
Allgemeinheit für Re-
genschutz. Magdeburg, Berlin, Frankfurt
und Mannheim.

**Carl Fried.
Schultze,**
Wallstraße 26
Fotogalerie 2276

**Hof-
Wäsche**
Moderne 400
Frisuren
Einzelhandel
Zöpfe
zu jeder Zeit 511

Oehlschöter
Wohnung 118, Eng. Körnerstr.
zu jeder Zeit 511

**Schuhreparatur
Schuhdrückerei
Schuhdrückerei**
zu bewirken auf Schuh-Schuhe-
nungen geschahet haben, haben
zu jeder Zeit 511

Max Eckstein,
Gärtnerstr. 5, Eng. Körnerstr.
zu jeder Zeit 511

Edmund
zu jeder Zeit 511

Lehrfräulein
zu jeder Zeit 511

Geäßte Maschinenstopferinnen
Rogatzer Straße 11. 8 bis 4 Uhr.

Elektromonteur
zu jeder Zeit 511

Gärtner
Habt sofort oder später dauernde Stellung bei
A. Diener, Leipziger Straße 35.

ein älterer oder auch frischbeschädigter 1933

Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung von Arbeitern und Personal
gefordert oder hat in der „Schriftur“ bereits
begonnen, weil sie in den Kreisen der werk-
lichen Gewerbe besonders stark verbreitet ist.

Automechaniker
der erste Stadt selbständig
mechanisch, zur Unterhaltung
des Wagens, Reinigung der
Schmierstoffe der Motor ge-
gen. Ausfuhrwerke A.-G.
Reinigung, Sonnigstr. 13

**Ein fröhlicher
Arbeitsbursche**
für sofort gefordert. Zeitung
sonntags bis 11 Uhr beim
Experten Giesecke, Hof park
Reinigung der „Foliensteine“

Young Mädchen
die bereits ein Reclamagen
(Fischer) beschäftigt waren,
jetzt gefordert. 240 Mark sofort Steuerung. 514

Eduard Völcker
Gärtnerjahrzeit
Gärtnerstr. 11.
Zur Reinigung 508

eine Frau
(eine Berghardsmitglied) per
1. März gefordert. Zeitung um
möglichst erreichen.

Bücher Ischaischer-Fabrik
Verwaltung Magdeburg,
Große Steinstraße 7.

**14-jährige und 15-jährige
Mädchen**
zu einer leichten Arbeit
zu jeder Zeit 511

Arbeiter
zum Rübenabladen
hebt sofort ein
Zuckerfabrik Calbe A.-G., Calbe a. Saale

zu unserer Reparaturwerkstatt werden für
dauernde Arbeit eingestellt:

1 Kesselschmied
1 Eisendreher
1 Eisenhobler
welcher selbstständig arbeitet.
1 Eisengießer.
Bauungen sind herzustellen.

Elektrowerkzeuge Aktiengesellschaft
Grube Golpa
Post Zschornewitz, Bez. Halle.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 46.

Magdeburg, Sonnabend den 23. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 22. Februar 1918.

Müll.

Am Donnerstag ist in der Stadtverordneten-Versammlung die Mülloblage des Magistrats in der verböterschen Auslage des Ausschusses zur Grube getragen worden. Sie ist nun das selbst geworden, was sie bestimmt sollte: Müll. Zweifellos: eine Menge Arbeit und schöne Zeit ist wieder einmal nutzlos vertan; trotzdem aber ist das Schicksal des Wechselsbalgs wohl verdient.

Seit dem letzten Donnerstag, an dem man in hartem Wühlen die ersten fünf Paragraphen der Gemeindeordnung über die Müllabfuhr „erledigt“ und abgebrochen hatte bei einem von den Sozialdemokraten beantragten § 5a, der allen Besitzern von eignem Fuhrwerk gestatten sollte, ihren Müll selbst abzufahren, und damit zum Stein des Anstoßes geworden war, muss sich allerlei hinter den Kulissen zugetragen haben. Der Magistrat hatte am verflossenen Donnerstag um Beratung der Verhandlungen gebeten, um zu dem sozialdemokratischen Antrag Stellung nehmen zu können. Das ist geschehen, aber hierbei hat sich offenbar eine Beschränkung der Besprechungen auf diesen Antrag nicht erlaubt lassen; die Materie zwang vielmehr dazu, sie noch einmal von Grund auf zu erörtern. Dabei werden dann die Bedenken der Gegner der Vorlage gründlicher als zuvor erwogen worden sein, besonders die famose Berechnungsart der Personen- und Sachenheiten, die aus Dutzend und einem Grunde zum Widerspruch geradezu herausfordert.

Das Ergebnis dieser magistratischen Erörterungen erfuhren die Stadtverordneten am gestrigen Donnerstag gleich zu Beginn der Verhandlungen. Durch den Mund des Stadtrats Scheehl verwahrte der Magistrat sich dagegen, dass er den „Einheiten“-Modus in die Vorlage hineingebracht habe; das habe vielmehr der Ausschuss getan, und der Magistrat habe sich dem nur angeschlossen, um endlich einmal mit der Müllgesichtschaft zu Hande zu kommen. Der Magistrat sei aber gern bereit, zu seinem ursprünglichen Vorschlag, der Berechnung den Rangierungswert der Grundstücke zugrunde zu legen, zurückzuschreien. Was den sozialdemokratischen Antrag anbelange, so sei eine Stellungnahme dazu nur möglich nach Beschaffung von umfangreichem statistischen Material, das aber von heute auf morgen nicht zur Verfügung gestellt werden könnte.

Sofort setzte nunmehr eine Geschäftsausordnungsdebatte ein, was nun weiter werden sollte. Heitwiegig verloren sich die Redner auch auf die Sache selbst, so dass der Vorsitzende seine liebe Not hatte, sie auf den rechten Weg zurückzuführen. Die Weiterberatung unter Bericht auf das statistische Material verlangte nur ein Redner, den Berichtsreferenten Müller, der sich selber bei einem Stadtrat einige ihm offenbar günstige Zahlen geholt hatte. Als ihm gesagt wurde, dass diese und noch viel mehr andre Zahlen eigentlich schon dem Ausschuss hätten vorgelegt werden müssen, denn die rechnerische Seite der Vorlage sei viel zu kurz gekommen, stellte er ganz harmlos zur Erheiterung seiner Gehörten fest, dass im Ausschuss niemand nach solchen Zahlenmaterial verlangt habe! Der Ausschuss hat danach, trotz der Aussauer, die er an den Tag gelegt hat, in dieser Beziehung recht überflächlich gearbeitet.

Anderthalb Stunden währt die Geschäftsausordnungsdebatte. Man unterhielt sich bald nicht mehr darüber, ob unverzüglich mit der Beratung fortgefahren werden sollte, um die Vorlage schnell unter Tisch zu bringen. Die Meinung setzte sich schnell durch, dass das nicht gut angehen würde, wolle man vor der Öffentlichkeit bestehen. Man stellte sich vielmehr darum, ob man die Vorlage dem Magistrat oder dem Ausschuss zur weiteren Beratung zurückgeben, ob man den Ausschuss zu diesem Zweck erweitern oder ob man gar einen ganz neuen Ausschuss wählen solle. Das Ergebnis war, dass beschlossen wurde, die Vorlage an den Magistrat zurückzugeben, der seine neuen Vorschläge aber direkt dem Ausschuss unterbreiten soll, ohne sie erst vor das Plenum zu bringen. Gleichzeitig wurde der Ausschuss von 13 auf 20 Mitglieder verstärkt.

Einsweilen rufen nunmehr die Müllbehörden im Stadtparlament. Wann sie wieder auftreten werden, weiß es! In zwei Monaten, in sechs Monaten, in einem Jahre, nach dem Kriege? Das steht in den Sternen geschrieben! In der Form steht jedenfalls die Vorlage nicht wieder, wie sie diesmal die Gemüter bewegte. Die Abwehr gegen die sozialen Ungerechtigkeiten, die sie enthielt und gegen die überflüssige Herausziehung einer privaten Erwerbsgenossenschaft wäre zunächst geglückt. Diese Vorlage ist in die Grube gefahren, und das ist bis jetzt das beste an ihr gewesen. Wie gesagt: schade um die schöne Arbeit und Zeit, die ihr geopfert wurden. Aber siehe dies ertragen, als ein Kontrum Städtegesetz werden lassen, an dem niemand nachher eine Freude gehabt hätte, außer denen, die dabei wie man zu sagen pflegt, eine neue Farbe angezogen hätten. Diese Vorlage wird und darf keine Auferstehung seien. Sie ruhe sanft in ihrer — Asche!

Niemand im Publikum aber sage, dass es nachgerade erheitrend wirkt, wie die sädlichen Störerinnen sich jahrelang immer wieder in Müll- und Aschesachen herumwälzen. Rein, man sei gnädig mit ihnen! Sie tu's nicht zum Vergnügen, und beileibe auch nicht mit ungünstigen Mitteln. Soll der simple Bürger darüber ein Büchlein aufsetzen? Rein! Es kann doch unmöglich verlangen, dass die Stadt selber die Müll- und Ascheschäfe besorgt, dass sie womöglich gar einen großen Müllverbrennungssofen baut, selbst wenn dieser ihr die Kosten zum beträchtlichen Teile wieder einbringen würde! Das kann er nicht verlangen. So einfach liegen die Dinge nicht, denn man darf doch nicht vergessen, dass dabei alleier Interessen zu berücksichtigen sind, und fälschlich wollen wir doch auch nicht mit Sang und Klang und Müll- und Aschesachen in den sozialistischen Zukunftsbau hineinsteigen! Rein, die Jünger wollen wir uns nicht betreuen und darum den Müll auch nicht. Lieber lassen wir ihn weiter zu Bergen ansetzen und sorgen uns der unabdingt und ewig wie Sommer und Winter, wie Tag und Nacht, wie Frost und Ebbe widerkehrenden Müllbehörden. O es ist eine ernsthafte Sache, voller Fängeien und Fälschungen, und niemand versteht sie, darüber die Schule seines Spieles auszuspielen zu wollen! Seien!

Mobilisierung der Unarbeitsfähigen.

Und ein Lehrer aus der Schule kam auf Rettung und berief dann auf seine Kinder.

Das Vorbild des aus dem Hussitenkrieg bekannten Naumburger Pädagogen hat seinen Kollegen zu Alzenau in Schlesien im Jahre 1918 nicht schlummern lassen. Auch ihm sind Kinder „unschuldsvoll und keine Sünder“ das beste Mittel zur Staatsrettung. Der Zeitgenosse liest in der „Schles. Volkszeit“ folgende vom 1. Februar 1918 datierte Gingabe an den Kaiser:

Allergnädigster Kaiser!

In dieser schweren Kriegszeit haben wir acht bis vierzehnjährigen Kinder unsre schwachen Kräfte dem Wohle des Vaterlandes gern gemindert. Wir haben auf dem Felde geplügt, geegzt, Kartoffeln gelegt, gejätet und geerntet, Getreidegefahren und weitergereicht, die Hufe gehütet und so weiter, damit die Munitionssarbeiter in den Städten Brot, Kartoffeln und Butter haben.

Nun lesen wir, dass Tausende von ihnen nicht arbeiten wollen und dadurch ihren Brüdern im Felde in den Rücken fallen und den feindlichen Engländern eine große Freude bereiten. Daher bitten wir alleruntertänigst: „Eure kaiserliche Majestät wollen geruhen zu befehlen, dass diesen Leuten, so lange sie nicht arbeiten, kein Brot, keine Kartoffeln und keine Butter verabfolgt werden dürfen.“ Denn für Nichtstuer, Empörer und Vaterlandsverräter haben wir nicht gearbeitet.

Eurer Majestät alleruntertänigster Schüler der Schule zu Alzenau.

Im Namen der andern. (Folgen Namen.)

Den braben Kindern eine Zuckerstange und ihrem Lehrer einen Orden! —

**Bis zum 28. Februar
sind alle Einlieferer von Goldschmuck
an unsrer Verlosung beteiligt.
Verlängerte Goldwoche der Provinz
Sachsen.**

Gold- und Silberankaufsstelle, Gr. Münzstraße 6, I, werktäglich geöffnet von 10 bis 12½ Uhr, und bekannte Hilfspelstellen, den ganzen Tag geöffnet.

— Im Zeichen der Papiernot. Drückendste Papiernot herrscht für Zeitungen, die dem Volke Aufklärung geben sollen über gewaltige Allgemeinfragen unserer Zeit und ihm helfen müssen im täglichen Kampf um Brot und Kleidung. Papiernot herrscht auch für Schulen. Mit allerlei Einschränkungen sucht die Schule sich mit dem Papiermangel abzustunden. Papiernot macht sich überall dort fühlbar, wo Papier im Allgemeininteresse unentbehrlich ist, diese Not gibt es anscheinend nicht für Bestrebungen und Organisationen, die sich in diesem Kriege erst ausgemacht haben, um volksfeindlichen Sonderinteressen zu dienen. Die Vaterlandspartei zum Beispiel läuft in Berlin allem Anschein nach sämtliche Adressbücher abschreiben und schickt von der Reichshauptstadt aus wahllos an hoch und niedrig, an Beamte, Angehörige freier Berufe, Handwerker und was sonst noch lebt Drucksachen. Wie vorurteilslos man bei der Versendung der Drucksachen verfährt, das zeigt die Tatsache, dass sie auch Leute von freien Gewerberäthen erhalten. In dem Briefumschlag liegt ein vierseitiges Flugblatt, eine Postkarte für die Anmeldung, eine Zahltarife für das Polizeikonto der Partei. Diese Drucksachen in einer Auslage, die nach Millionen zählt — die Art der Versendung lässt auf solche Mengen schließen —, das gibt Eisenbahnbüro voll Papier. Für die Vaterlandspartei ist alles da: Zeitungen über leben jede Woche ihre Existenz bedroht durch den Papiermangel. Schulen jammern aus schmückigen Winkeln jeden Fezen zerstülpsten Zeitungspapiers, damit wieder neues gemacht werden könnte, meinen sie. Die Vaterlandspartei aber verwüstet hunderte und Tausende von Zentnern. Ist es auch hier so, dass der Zahlungsfähige alles haben kann?

— Die Ferien für die gewerbliche und die kaufmännische Fortbildungsschule sind für das Schuljahr 1918/19 wie folgt festgelegt worden: Winterferien 1918 von Sonntag den 31. März bis Donnerstag den 11. April. Frühlingsferien von Donnerstag den 16. Mai bis Freitag den 24. Mai. Sommerferien von Freitag den 5. Juli bis Dienstag den 6. August. Herbstferien von Sonnabend den 28. September bis Montag den 14. Oktober. Weihnachtsferien von Dienstag den 10. Dezember bis Montag den 6. Januar 1919. —

— Eine Buretheisung für Theaterbesucher. Ein drastisches Mittel der Selbsthilfe, den Theaterbesuchern das erforderliche Kunstreiseverständnis beizubringen, wandte die zurzeit in Spandau agierende Direktion Kreiser aus Glogau an. Die an und für sich schon ausserst eingegrenzten ersten Dachbrettmünder standen ständig durch unpassendes Gelächter verständnislos Theaterbesucher gestört. So was es auch bei der letzten Aufführung des Schauspiels „Im Bahnhofsviertel“, so dass diese sowohl dem Publikum wie den Schauspielern verdeckt wurde. Die Schauspieler wußten sich aber zu helfen. Nach dem ersten Falten des Vorhangs trat, wie die „Würfische Volksstimme“ berichtet, einer der Mitwirkenden vor die Rampe und wandte sich mit folgender kurzen Ansprache an die Theaterbesucher:

Rameis der Darsteller muss ich erklären, dass diese es ablehnen müssen, weiterzuspielen, wenn ein Teil der Besucher durch Läden bemerkt, dass ihm das nötige Verständnis für den Ernst des Stücks fehlt. Aber auch die Direktion erachtet alle diejenigen, die heute gekommen sind, um zu lachen, sich an die Kasse zu begeben, um nach Empfang ihres Kriegs-

geldes das Theaterlokal zu verlassen.

Für den Abend hat's geholfen, ob aber für die Zukunft ist zu bezweifeln. Da verbindungslosen Theaterbesuchern, die eine derartige oder ähnliche Sitten verdienten, fehlt es auch in anderen Städten nicht. —

— Verhaftet wurden drei Angestellte der sädlichen Polizei und ein Arbeiter, die aus plauderten und unklappten Gedankenwagen Seite, Gerichtsgefängnis, Mehl, Grütze, Käse, Haferflocken, Sägemehl geplaudert haben.

— Eine Ehrenrettung. Der Wilhelmstädter Hausbesitzerverein hielt es für klug, den Lehrer Stark gegenüber den Anschuldigungen in Schutz zu nehmen, die gegen ihn als den exzessivsten Verfechter unberechtigter Hausbesitzerinteressen erhoben sein sollen. Dabei leisteten sich die Hausbesitzer folgende Mohnwäsche: „Wenn Herr Stark ein Vorwurf zu machen ist, so war es der, dass er sich Verabschiedungen anderer rüdig auf seine Schülern packen ließ, weil er immer glaubte, er könne es am besten tragen. So hat er für uns alle gesitten. Wir hoffen, dass er nach beendet der Krieg getätigst seine Tätigkeit in unseren Steinen wieder aufnehmen wird.“ — Die schöne Gesetzwidrigkeit wird keinen Wissenden klauen können. Es ist eine starke Verabschiedungsprobe der Geduld derer, die Starks Gebaren etwas näher kennenzulernen, wenn man versucht, ihn zum Märtyrer seiner Arbeit im Interesse des Hausbesitzes zu machen. Gerade weil wir den unvermeidlichen Kampf zwischen dem durch Stark gestützten Hausbesitz und der öffentlichen Wohlfahrt sachlich geführt sehen möchten, raten wir Starks Freunden, mit öffentlichen Erklärungen sehr vorsichtig zu sein. Die Gegenseite könnte sonst gezwungen sein, zu antworten, und das dürfte nicht im Interesse Starks liegen. —

— Unfall. Der Rangierarbeiter A. Koch aus Österreich verunglückte auf dem Buckauer Bahnhof beim Rangieren zwischen die Räder und zog sich schwere Verletzungen zu. Er wurde in die Krankenanstalt Sudenburg gebracht. —

— Verunglück bei der Arbeit. Am Freitag mittag zog sich der Arbeiter Gußav Hackholz auf dem Buckauer Bahnhof durch plötzliches Reißen einer Verbindungsleine eine schwere Verletzung des Rückens zu. Der Verunglückte wurde nach der Krankenanstalt Sudenburg gebracht. —

— Gestohlen wurden am 20. d. M. aus einer Wohnung in der Moäger Straße eine Kassette, enthaltend: 1 Depositenkontobuch der Mitteldeutschen Privatbank über 1100 Mark, 1 Sparkassenbuch des höchsten Sparfests mit einer Einlage von 750,83 Mark, 1 Schatzkästchen mit mehreren französischen und belgischen Münzen, 1 braunelederne Brieftasche und 20 Mark; von einem Hause in der Prälatenstraße 1 kleiner graugestrichener Handkofferwagen; iv. der Nacht zum 21. aus einem Schaukasten in der Johanniskirchstraße 6 Unterräumen, 6 Damenkleider, 7 Unterwässer, mehrere Lätzchen; aus einem Schaukasten in der Goldschmiedebrücke 10 bis 12 silberne Herzen mit Goldrand, 25 Duffee-Herzen, 2 Dublet-Damenjuwelen, 3 goldene und mehrere silberne Kettenringe sowie vergoldete Trauringe; aus einem Fabrikat am Fuchsberg 1 Kreismesser, etwa 9 Meter lang und 120 Millimeter breit; am 21. aus einer verschlossenen Wohnung im Neuen Weg eine silberne Damen-Helmantruhre. —

Theater, Konzerte, &c.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Sonnabend „Hamlet“, Samstag nachmittag „Die verlaunte Braut“, Mittwoch und Sonnabend „Gärtner“ Bühne, „Hochzeiter“ und „Doctor Faust“. Wilhelm-Theater. Insolide Krankheit von Herrn Wilhelm kann die für Sonntag nachmittag angelegte Vorstellung von „Wiener Blut“ nicht stattfinden, dafür kommt „Sah ein Knab ein Föslein stehen“ zur Aufführung. Städt. Orchester. Mittwoch, 27. Feb. c. abends 7 Uhr, Konzert im Zirkus Egon-Kapellmeister Dr. Käbel. Teil Wagner, 2. Teil Brahms-Sinfonie, 1. Teil Weber, Schubert, Grieg, Elgar, Strauss, Guittist, 2. Heinrichshofen, Borowetz, Abend.

Gerichts-Zeitung.

Kaufmannsgericht Magdeburg.

Sitzung vom 20. Februar 1918.

Vorlesender: Gerichtsassessor Dr. Bock. Besitzer: Kaufmann Sperling und Buchhalter Kreischa, Arbeitgeber; Buchhalter Leue und Handlungsgesellschafter Jahn, Arbeitnehmer.

Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen „unbestimmt“ war die Kontoristin G. vom Kaufmann R. gegen 100 Mark Monatsgehalt nebst Fahrgeldentschädigung auf unbestimmte Zeit angenommen worden. Die Kontoristin bestreitet, dass die Vereinbarung sie könnte „jedermann“ entlasten werden, wodurch sie und beruft sich im übrigen auf die gesetzlichen Bestimmungen. Im § 66 des Handelsgesetzbuchs heißt es: „Das Dienstverhältnis zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsbefehl kann, wenn es für unbestimmte Zeit eingegangen ist, von jedem Teile für den Schluss eines Kalendervierteljahrs unter Einhaltung einer Frist von 6 Wochen gekündigt werden. Und im § 67 des Handelsgesetzbuchs heißt es: „Wird durch Vertrag eine längere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so muss sie für beide Teile gleich sein, sie darf nicht länger als ein Monat betragen.“ Und: „Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften widersetzt, ist nichtig.“ Diese Bestimmungen scheinen aber weder dem Kaufmann R. noch der Kontoristin der Klägerin bekannt zu sein, denn beide Parteien haben sie ignoriert. Die Klägerin selbst muss wohl Kenntnis von diesen Bestimmungen haben, denn ihre Klage kostete auf Rücksicht von Gehaltsentzündigung in Höhe von 100 Mark für Januar vorbehaltlich weiterer Ansprüche. Das Richtergericht des Bezirksgerichts, dass er zur fristlosen Entlassung auf Grund der Vertragssbestimmungen berechtigt war, ist durch Abschluss des Vergleichs auf Zahlung von 175 Mark, welcher durch Intervention des Verteidigers aufgestellt wurde, nicht erachtet worden, sonst hätte er sich gegen den Vergleichsvorschlag nicht sträuben können. —

Kontoristin und Schwerarbeiterin zu gleicher Zeit ist Frau G. in der Metallwarenfabrik von H. Krüger hier gewesen. Das 16jährige Mädchen ist zunächst gegen 60 Mark Monatsgehalt für Kontorarbeiten angenommen worden. Weil es aber angeblich von Kontorarbeit nichts verstand, wurde es im Jahrbetrieb als Schwerarbeiterin beschäftigt. Später, als diese Unwissenheit im Kontor wieder erforderlich wurde, war sie wieder als Kontoristin trotz ihrer „völligen Unzulänglichkeit“ zu gebrauchen. Nunmehr glaubte ihr Arbeitgeber davon, sie sei eine Arbeit für alles, und war erstaunt und empört, als sie die unzureichende Kontoristin weigerte, Käse zur Bahn zu tragen, worauf ihre sofortige Entlassung erfolgte. Frau G. hält die Entlassung für unbedingt und fliegt auf Zahlung von Gehaltsentzündigung zunächst für die Zeit vom Entlassungstag, 21. bis 31. Januar in Höhe von 18 Mark, vorbehaltlich weiterer Ansprüche, ferner auf Aufstellung eines Belegschaftsvertrages über Art und Dauer der Tätigkeit. Die Bewilligung des Belegschaftsvertrages weisen, dass die Klägerin ausdrücklich Gewerbebedürfnis genannt hat, wichtig, obwohl vom finanziellen Gesichtspunkt aus keine Auskunft gegeben ist. Den Bewilligungen des Belegschaftsvertrages gelang es, die Parteien zu einem Vergleich zu bringen. Damals erhält die Klägerin zum Ausgleich ihrer Gewerbebedürfnisse 30 Mark und ein Jahr Belegschaftsvertrag.

Provinz und Umgegend.

Gattenmord.

Das Ständige Schwurgericht verhandelte am Donnerstag gegen den Arbeiter Otto Paalke aus Stieledorf, der beschuldigt wird, seine Ehefrau vorzüglich getötet zu haben. Am 11. Februar 1917 nachmittags ist im Walde etwa 200–300 Meter nordwestlich von der Gemeinwirtschaft herrenzimmerei in Neuschönau die Leiche der seit dem 8. Februar verschwundenen Ehefrau Marie Paalke gefunden worden. Spuren eines Kampfes oder andere Spuren wurden in der Nähe der Leiche nicht gefunden. Die Leiche war offenbar an die Stelle hingetragen worden. Bei der Leichenöffnung fand sich der ganze Körper bis zum Schädel mit zwei großen Ballen Fäustlingsdämmen aufgefüllt. Nach dem Entfernen der Fäuste war der Tod durch Erstickung erfolgt. Der mehrfach vorbereitete Angestellte, der bei Begehung der Tat Soldat war, ist den Angeklagten übergebenen Raum aus einer kinderreichen Familie er hat keine Frau in Böhmen als er sich im Jahre 1899 beim Rosaten Höhe befand, kennengelernt. Letztere war damals 15 Jahre alt und diente ebenfalls bei Höhe. Ihre Eltern verboten ihrer Tochter, als sie von dem Verhältnis zwischen erstaunlich weitem Bericht mit dem Angeklagten. Im Dezember 1900 verließ der Angeklagte das Mädchen zu erschrecken, angeblich weil er mit ihr überzeugt geworden sei, dass er erst sie und dann sich selbst erschrecken sollte. Es hatte sich auch eine Verlezung an Höhe befürchtet. Der Angeklagte wurde deswegen am 5. März 1901 durch das Schwurgericht in Magdeburg wegen versuchten Totschlags zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verlehung seiner Strafe hat der Angeklagte von Oktober 1902 bis Juni 1903 ständig gedient und wurde wegen eines Arbeitsleidens entlassen. Im August 1903 heiratete er seine damalige Braut. Die Ehe, der nun Kinder entstehen sind, war vom Anfang an ungünstig.

Am Sonnabend am 8. Februar etwa gegen 11 Uhr vormittags, hat der Angeklagte mit seiner Ehefrau die Wohnung verlassen, um nach Stieledorf zu gehen. Als Grund zu diesem Wege nannte der Angeklagte die unerreichbaren Angaben. Die Frau Louise Höfelschmidt, welche spätestens damals nicht mit ihrem Namen mitgingen, war anderweitig bekannt als Oma und weigerte sich immer wieder mitzugehen. So viel stand und weil ihr Mann es durchaus rechte ging sie endlich mit. In Stieledorf besuchte das Paar eine Kneipe. Bei dieser hat sich der Angeklagte durch außäufige Reden verabschiedet. Auf dem Heimweg, so wird angenommen, in die Höhe gekommen. Die Frau wurde nach dem Durchgang aus Stieledorf vermisst.

Das Schwurgericht-Gutachten über den Tod der Frau geht dahin, dass der Tod durch Erstickung eingetreten ist. Zwei handball groß umfassende Fäustlingsdämmen sind der Frau in den Mund geworfen worden, wodurch der Tod sofort eingetreten ist. Verluste am Hals durch Erstickung waren nicht gefunden. Das Gericht kam auf Grund der Beweisumstände zu folgendem Urteil: Der Angeklagte wird wegen Mordes seiner Ehefrau zu 1 Jahr und zwei Monaten Verlust der freigesetzten Strafe freigesetzt.

Wahlkreis Wanzleben.

Groß-Wanzleben, 22. Februar. (Die Auszahlung der Kriegsaufprämierung für die Zeit vom 1. bis 15. März erfolgt am 1. März in der Gemeindebüro. Abgeltungen absteigen 9, gegen Bezugnahme des Kriegszeit von 1. – 200 von 8 bis 9 Uhr, 201–300 von 9 bis 10 Uhr, 401–500 von 10 bis 11 Uhr, von 601 ab von 11 bis 12 Uhr.)

Wahlkreis Sachsen-Anhalt 1 und 2.

Gieboldehausen, 22. Februar. (Kriegerfall-Verteilung.) Der Gemeinde sind einige Kriegerfallspässer (ehemalige Beamte) überlassen. Sie können zwischen 5 Uhr und 8 Uhr vom 1.75 Mark abgetragen. Beispiele für die Gemeindebüro werden im Gemeindeschrein ausgestellt.

(Kriegsfallverlust) Der Kasten zur gezogenen Kriegsfallspässer für Beamte vom Betrag von 1.20 Mark des Kreis-Hauptamtes, welche Sache der Gemeinde für 151 bei 602 ist, ist noch bestmöglich zu kontrollieren. Ein Kasten kann höchstens 500 Mark zu einem Preis zu verkaufen.

Das 22. Februar. (Zur Kriegsfallspässer) Die jahresdienstlichen Dienstbeamten haben sich mit einer Spende an den Kriegsfall und die Dienstbeamten-Verbindung gesammelt, gezogene Kriegsfall gegen die Dienstbeamten zu unterstützen, die jetzt einen beträchtlichen Haushalt erwartet. Es wurde jedoch angekündigt, dass jetzt die Dienstbeamten bei Bezeichnung des Kriegs zu einer Spende freigestellt sind, da dann die Dienstbeamten einen Spendenstand machen und diejenigen, die ihr infolge des Kriegs empfindlich haben, ihr wieder entzogen werden. Der Kriegsfall erfordert eine Dienstbeamtenkasse, die einziger der durch eingesparte Spendenanträge soll und zuletzt aufzuhören. Dass der Kasten an Dienstbeamten aufzugeben ist, ist nicht möglich werden kann. Die Dienstbeamtenkasse ist, so ergibt sich bei Kriegsfallspässer, jetzt möglich, und gegebenenfalls in weiterer Folge, nach Bezeichnung, und gegebenenfalls in weiterer Folge, nach Bezeichnung,

Es faust das Rad...

Ein Gesang von den amerikanischen Soldatenkämpfern.
Von Dorothy Fischer.

Ewig lebendige Erinnerung an Werner Peter Larsen.

(S. Fortsetzung)

„Sie sagten, ging langsam an den Süden entlang,
bis sie zu einer jeden zurückkehrten und sprach ihr
mit leicht Stimme zu. Sie hatte Tränen in den Augen.
Sie sagten, die kleinen Frauen, welche aus Süden auf
die andere Seite stießen, zu verborgen, ihre nächsten Freunde
zu verbergen, und erinnerten sie, dass sie nicht
die Stadt und englische Stadt auf.

Um entgegengesetztem Ende des Kriegs durch ein
schwarzes Band herunter, und als nur noch wenigen, die Sie
die Bergwerksminen und weinte still im Süden.
Sie hatte ihre Spur gerissen; die Farbe war zu
Sonne, ob nur die Amerikaner, und zu entfernen,
und war zwischen den zwei Ländern.

„Sie wollt! Sie wollt!“ Rang es heraus auf der
großen Treppe. „Sie wollt...!“

„So, ich will!“ Sie schrie, ihren Kriegsfall war ein glück-
licher Kasten aus Süden und Zähligkeit und
Schrecken, aber Sie gingen schneller weiter nicht!
Sie wollt, ihr vier kleinen Kindern weiter gingen.
Sie wollt!

15

Sie war sehr froh, dass sie mit Sie und Sie
verbrachte, nur dass Sie bei Siegfried übernachtete und
nicht schlafen konnte. Sie und Sie waren beide ersten
Tages nach entzweit. Sie war sehr über diese Arbeit ge-
gen die Amerikaner und ihre Männer und Frauen, die den
Krieg bei Siegfried folgten.

Sie hatte auch noch nach mit Siegfried und Siegfried
verbrachte, nur dass Siegfried bei Siegfried übernachtete und
nicht schlafen konnte. Sie und Sie waren beide ersten
Tages nach entzweit. Sie war sehr über diese Arbeit ge-
gen die Amerikaner und ihre Männer und Frauen, die den
Krieg bei Siegfried folgten.

des Krieges vornehmlich hier fehlen werden. Zur Vornahme dieser Feststellungen richten wir an alle diejenigen Familien, besonders aber an die kriegsgebliebenen Ehepaare und seines an einzelzelne Personen, die zurzeit keine eigene Wohnung haben, aber jetzt oder nach dem Krieg eine eigene Wohnung in Burg zu beziehen beabsichtigen, hierdurch die Aufforderung, dies uns bis zum 10. März dieses Jahres anzumelden. Die Anmeldung hat mindestens im Rathaus — Zimmer Nr. 5 im Rathaus — während der Geschäftsstunden zu erfolgen. Bei der Anmeldung ist anzugeben, aus wieviel Räumen die zu beziehende Wohnung bestehen soll und welcher ungefähre Wertpreis für dieselbe angelegt werden kann.“

Wahlkreis Wolmirstedt-Reuhaldensleben.

Reuhaldensleben, 22. Februar. (Gestohlen) wurden einem Einwohner auf dem Jungfernweg el. Hühner sowie Brüderstücke vom Hofe. Die Hühner wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet.

(Eine Holzauktion) findet am 26. Februar von vormittags 10 Uhr an im Forstort Betrieb statt. Versammlung am Forsthaus.

(Die Ausgabe der Groß- und Gemeinmarken) wie Befreiungen für Schwerarbeiter findet am Montag den 25. bis 28. Februar in den Ausgabestellen statt. Die Ausgabe der Marken für März findet Donnerstag und Freitag nächster Woche statt.

(Die Fleischversorgung) für Besuch und Urlauber findet bis 25. März bei Cain statt.

Wahlkreis Oschersleben-Helbra-Bernigersode.

Gröningen, 22. Februar. (Für Arbeiter ist nichts d.). Auf den Gütern der Firma Biersdorf, Heder & Sohn haben die Beamten zu erholen erhalten. Es wird behauptet, dass betriebliche Mengen Bader zu je verteilt worden sind. Auch jüngst wird den Beamten manche Vergütung zuteil. Das veranlasste einen Arbeiter, den Bürgereigentümer Mamroth darum zu bitten, doch auch für die Arbeiter Bader zur Verfügung zu stellen. Die Bitte wurde mit dem Hinweis begründet, dass die Arbeiter bei ihrer höheren Belegschaft wohl noch viel eher als die Beamten ein wenig Bader ganz gut gebrauchen können.

Die beizuhaltende Verlangen wurde sofort abgewiesen. Als hierauf der Arbeiter Einwendungen machte, kam es zu weiteren Auseinandersetzungen, in denen Berater gezeigt wurde, dass dem Bezirkskommando Mitteilung gemacht wurde, damit die Reklamation aufgehoben wird. Der Arbeiter wurde dann unverzüglich entlassen. Mit dem Berater, dass er wohl auch jö ein Sozialdemokrat sei, wurde er vom Hofe gewiesen. Bei ein klein wenig Entgegenkommen wäre es doch wohl möglich gewesen, den Arbeiter die gleiche Vergütung zuteil werden zu lassen wie den Beamten. In einem andern Falle wurde zwei jüngeren Arbeitern, die in der Fabrik Abteilung Bütteler, bestmöglich waren, der Arbeitshilfe verneigt und ihnen gesagt, sie sollen nur auf dem Bütteler in Arbeit treten. Dass bei einer solchen Zurückstellung der Arbeiter keine Neigung vorhanden ist, ist, auf dem Bütteler zu arbeiten, ist nicht verwunderlich.

Helbra, 22. Februar. (Armelabevorlauf) am Sonnabend der 23. Februar und folgende Tage bei sämtlichen Sammlungen gegen Lebensmittelkarte 207, auf jede Mark entfällt 1/2 Pfund. Dies ist das Pfund 90 Pfennig. Die bisher dafür gültige Lebensmittelkarte 204 verliert mit Ablauf des 22. Februar ihre Gültigkeit.

Miesenburg, 22. Februar. (Beschwerde vom Hirschgräberfeld) Auf dem Hirschgräberfeld besteht eine Grasfläche, auf der die Arbeiter gegen Bezahlung Essen erhalten. Lieber die Belegschaft des Eisens wird in letzter Zeit sehr geliebt. So hat es vor einigen Tagen Hirschgräber gegeben, die bereits waren und unerträglich waren, dass es viele Arbeiter dort waren, um den jahrsdienlichen Gang des Eisens zu begleiten. Um die best. Direktor des Büros hinzugezogene Belegschaft antwortete dieser, dass die Arbeiter doch das Eisen beobachten sollten, es werde ja keiner gegangen, es zu nehmen. Anstatt also Müll in das Eis zu legen, die bei eingesparten guilen Bällen anfangt ist, wird eine derartige unerträgliche Antwort erteilt. Ein Mensch kann nicht entgegenkommen für die Arbeiter hätte doch etwas besser können. Auf dem Eis werden Schweine geschlachtet. Die 14 Tage wird ein, manchmal auch zwei Schweine geschlachtet. Von dem Fleisch erhalten die Arbeiter sehr wenig und wenig überhaupt nicht. Da das Meiste der Schweine doch nicht sicher waren, sondern nur, dass Fleisch und Wurst für die im Betrieb Beschäftigten bestimmt wird, ist die ganze bestreikt, wo vor allem die Stadt bleibt. Der Arbeitshilfsausschuss sieht der Verschaffung des Fleisches unbedingt zu jenseits, dass er wird nicht eingesetzt. Die Abschaffung ist möglich, die über den Arbeitern übermittelt werden, können daher nicht angebracht werden, gekröpft zeigt die Wirtschaft bestreikt

würden. Dass die Arbeiter mit solchen Verhältnissen nicht einverstanden sein können und ihr Vorhaben keine zufrieden Stellung auslösen, ist nur zu begreiflich.

Wahlkreis Salbe-Auersleben.

Auer, 22. Februar. (Die gestohlenen Lebensmittel der Stadt) Der Magistrat erklärt folgende Veranlassungen: 300 Mark Belohnung. Durch Einbruch in den Keller der Mädchenschule ist ein erheblicher Teil der dort aufbewahrten Dauerware, vornehmlich Speisefleisen und Schinken, gestohlen worden. Obige Belohnung sichert für zur Bestrafung des Diebes ausreichende Mittel. Da über diesen Diebstahl falsche Gerüchte kursieren, sieht sich der Magistrat zu folgender Abwehr veranlasst: „Wie zu unsret Kenntnis gebracht ist, wird in der Stadt die Meinung verbreitet, dass der Einbruch in den Keller der Mädchenschule nur vorgespielt sei, weil große Mengen der Dauerware unberechtigtweise ausgegeben worden seien. Wir wollen diese böswillige Errundung hierdurch niedriger hängen und bitten zugleich, uns unverzüglich Angezeige zu erstatten, sofern von dieser verdeckter Behauptung etwas zu Ohren kommt. Wir werden derartiges abschließendes Gericht strafrechtlich verfolgen.“

Auersleben, 22. Februar. (Achrlässige Tötung) Den Kutscher Otto D., welcher hier in Stellung ist, war am 19. Oktober 1917 mit einem Lastfuhrwerk von Gütern nach Auerstedt gefahren. Trotz der Dunkelheit hatte er das Fuhrwerk nicht beleuchtet. In der Nähe des Schachtes 4 begegnete ihm der Montags-Inspektor Römer in einem Motorrad, das beleuchtet war. Ob nun letzterer nicht weit genug rechts gefahren oder ob der Angeklagte unvorsichtigsmässig gefahren ist, ließ sich nicht mehr feststellen. Römer fuhr mit seinem Motorrad gegen die Seite des Wagens. Hierbei zog er sich eine schwere Verletzung des Brustkörpers zu, an deren Folgen er nach kurzer Zeit verstarb. D. wurde für schuldig befunden und zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Groß-Salze, 22. Februar. (Eine Gingabe) wurde vom Vorstand des Gewerkschaftsrates und des Sozialdemokratischen Volksvereins an die Gemeinde Groß-Salze, Frohse und Egelshausen übergeben am 15. Dezember vorigen Jahres wegen Erhöhung der Buschüsse der Gemeinden zur Kriegsunterstützung verhängt. Frohse und Egelshausen haben bis hier die Gingabe ohne Antwort gelassen. Von Groß-Salze ging am 30. Januar folgende Antwort ein: „Unterstützungen an die Kriegerfamilien werden hier reichlich bewilligt und wird eine Erhöhung der laufenden Sätze nicht beabsichtigt. Außer den staatlichen Sätzen und dem Kreiszuschuss wird hier ein Stadtrabatt von monatlich 3,33 Mark Wohnungsgeldzuschuss sowie außerordentliche Unterstützung in Höhe von 5 bis 15 Mark monatlich gezahlt.“ Diese Antwort ist recht bezeichnend. Trotzdem in der Gingabe darauf hingewiesen worden war, dass die Schönebecker Sätze weit höher sind und doch nicht ausreichen, besonders bei den Familien, wo Angehörige nach der Arbeit nachgehen können, diese Ablehnung. Die Arbeiter mögen dies beachten; besonders die Art und Weise, wie diese gerechte Gingabe behandelt wurde. In einer Stadtverordneten-Erhöhung wurde vor einiger Zeit wegen der Gingabe angefragt und eine Antwort vom Magistrat gegeben, die die Verhältnisse ins rechte Licht rückt.

Groß-Schierstedt, 22. Februar. (Kriegerische Jugend) Zwischen den Jugendwählern von Groß-Schierstedt und Klein-Schierstedt befinden schon seit längerer Zeit Streitigkeiten, die wiederholte Kriegshandlungen mit Waffen geführt haben. Auch im November 1917 waren die Schlosserlehrlinge Otto K. und Willi L. mit noch anderen gegen den Maurerlehrling L. aus Gierleben und den Kompanielehrling W. aus Klein-Schierstedt vorgegangen, wobei die Waffen in Awendung kamen. Hierbei wurden Personen tödlich verletzt. Sämtliche vier Kriegsmänner wurden wegen Tragens von Waffen mit 12 Mark Geldstrafe, L. und W. wegen Übertritt mit je 10 Mark S. wegen Körperverletzung mit 90 Mark und W. mit 60 Mark Geldstrafe bestraft.

Harslebendorf, 22. Februar. (Unverlaubten Verkehr mit Gefangenen) hatten sich das Dienstmädchen Luise H. und die Chefran Emma F. schuldig gemacht. Die H. erhielt unter Zustimmung mildernder Umstände 120 Mark Geldstrafe, die Angeklagte 2 Monate Gefängnis.

Schönebeck, 22. Februar. (600 verfaulste Eier) Im Kreis-Anzeiger in Gredeligen finden wir die kaum glaubliche Kettierung, dass auf einem größeren Gute in der Nähe unserer Stadt 600 eingelagerte Eier entdeckt worden sind, die verfaul waren. Es ist dringend notwendig, dass die zuständige Behörde diese Angelegenheit untersucht und aufklärt.

Die Geschichte ist folgende: Sie hatte sie auf einige Stunden gejagt, aber sie war, wie sie später sagte, erstaunlich, hatte jedoch von früherer Jugend an ununterbrochen arbeiten müssen. Sie hatte alles mögliche verarbeitet, was man ausgewaschen gewejen, Wascherei, hatte Photographienahmen gemacht und arbeitete nun seit zwei Jahren bereits Eisengussarbeiten, welche Arbeit ihr am besten paßte, nur dass sie eben in der toten Saison gleichbedeutend mit einer Hungertperiode war. Sie aber konnte es sich nicht leisten, den Sommer über ledig zu gehen, denn sie hatte oft kleine Gelegenheiten doheim, der Bauer war nicht besonders viel bei, und der Mietzins betrug jährlich 200 Mark. Sie verlor im Winter. Sie verfiel es, dass alles so einfachlich und einfach zu erklären, dass man sie ganz mit in ihre Verhältnisse hineinließt.

Aber mit der gleichen Unwissenheit, mit der ich ihr schrieb, hatte sie mir zu sagen, dass ich von meinen verschiedenen Erfahrungen, insbesondere von dem Arbeiterinnenheim berichtete, was ich noch immer wohnte. In diesem Bett im Halbdach irgend etwas zu marmeln und einen Augenblick hatte es den Anschein, als werde der ganze Saal erwachen, aber dann wurde es allmählich wieder stiller und stiller und auch der Berberus vor der Tür wieder in Schloss verfliegen zu sein. Die Neuangekommene lag vor ihrem Bett auf den Fenster, hielt den Kopf fröhlich in die die Kissen gepreßt und war anstrengend an aller Kraft bemüht, sich zu beherrschen.

Sie konnte in dieser Stunde nicht mehr schlafen, stand auf und legte ihr leise tröstend die Hand auf die Schulter. Und seit dieser Zeit waren wir Freunde. Sie sprach nie viel von sich selbst und ihrem früheren Leben; ich erriet nur, dass sie etwas sehr Trauriges erlebt haben müsste, aber ich fragte sie nicht danach. Das einzige, was ich von ihr wusste, war, dass sie eine gute Erziehung erhalten hatte und Stenographin in einem großen Geschäft war, bis sie eine Stellung als Telefonistin in einer großen Telefonzentrale bekommen hatte. Das zwischen dieser Stellung und dem Augenblick lag, da sie voller Vergnügung in das „Arbeiterinnenheim“ gekommen war, habe ich niemals erfahren; sie pflegte dann immer nur zu sagen: „Ja... das war damals, als alles unter mit zusammenbrach.“

Sie hatte nicht einen Heller Geld, und ihre Kleider waren in einem derartigen Zustand, dass sie sich noch nicht einmal nach Arbeit umsehen konnte; sie bezahlte für ihr Nachtlager damit, dass sie tagsüber zehn Stunden lang im Stücke arbeitete. Als sie einige Tage schwer gearbeitet hatte, hörte sie noch und nach mit dem nächsten Sommer auf und wurde ganz verschlossen und still; nur ihren Augen konnte man es ansehen, wie unglücklich sie war.

(Fortsetzung folgt.)

Wahlkreis Salzwedel-Garbelegen.

Garbelegen, 22. Februar. (Die Geheimnisträmerie geht weiter.) Es ist nicht zu verwundern, daß alles Hals über Kopf zu den Verkaufsstellen rennt, wenn dort Zeit zum Verkauf gelangt und das auf die Butterration nicht im Anrechnung gebracht wird. So kam vor 2 Tagen eine Sendung Margarine nach hier, die bei dem Kaufmann Erone in der Burgstraße und bei dem Butterhändler Klein im Markt zum Verkauf gelangen sollte; nur wartete man auf eine amtliche Verfügung, die die Aussicht der Margarine zuließ. Ganz plötzlich setzte der Verkauf ein. Bei dem einen Kaufmann sollte die Fettfarbe 8 und bei dem andern die Fettfarbe 16 abgegeben werden. Schließlich wurde Marie 3 der Rente festgesetzt. Es sollte aber eine besondere Bevorzugung erlassen werden. Aber wo ist die besondere Bedeutung? Einwohnerzahl? Die Behörde hält es nicht für nötig, die gesamte Einwohnerschaft darauf hinzuweisen. Die Margarine fiel daher nur an solche Personen, die tagsüber genügend Zeit zum Stehen haben. Die Verkaufsräume waren dicht gedrängt voll und die Menschenmenge hatte sich quer über die Straße angezogen. Wenn diese "Maßnahmen" von der Behörde so weitergehen, braucht man sich nicht über die vorhandene Erschütterung zu wundern. Gegen eine solche Verteilung muß entschieden protestiert werden. —

(Mängeln auf Lebensmittelliste.) Die ungemeldeten Verarbeiter (Schneider, Schneiderinnen, Putzmacherinnen), deren Garn zugelassen ist, erhalten von der Kriegswirtschaftsstelle bis Anfang März Nachricht. Die Verbraucher haben an die Kleinhändler und im Konsumverein bis zum 23. Februar Abschluß 10 des Lebensmittelliste mit rotem und ohne roten Kennzeichen abzuliefern. Die zur Verfügung stehende Menge ist gering; es kommt daher eine kleine Rolle schwarz oder weißes Maschinengarn auf mehrere Abschnitte. Die Kleinhändler haben die Abschläge zu sammeln und bis zum 27. Februar an die Kriegswirtschaftsstelle einzufinden; später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Die Verteilung von Baumwollnähfäden finden nur einmal vierteljährlich statt. —

Aus der Parteibewegung.

Vom Fortschritt der Parteipresse. Einen sehr erfreulichen Aufschwung hat unser neues Parteiblatt in Düsseldorf genommen. Wie es in seiner Nummer 8 vom Sonnabend, den 16. d. M. mitteilte, wurden von der zweiten Nummer des Blattes allein 10 000 Exemplare im Straßenhandel umgesetzt. Dazu kommt noch die ständig wachsende Zahl der festen Abonnenten in Düsseldorf und im Felde, ferner die Zeitungen, die an die Nachbarmühlkreise abgegeben werden, so daß das neue Blatt schon jetzt auf eine sehr reisefähige Leserzahl hoffen kann. Das gibt Berechtigung zu der Hoffnung, daß die seit der Parteispaltung unliebsamen Verhältnisse in der Düsseldorfer Parteibewegung wieder gefunden werden. —

kleine Chronik.

Geständnis eines Mörders.

Von dem Schwurgericht in Weißbrücken wurde, wie bekannt, am 18. d. M. der Kaufmann Otto Gebhard aus Birkenfeld wegen Ermordung des Leberhändlers Walter Löwenthal aus Berlin zum Tode verurteilt. Das Urteil erfolgte auf Grund

eines Indizienbeweises, weil die Witwe nicht aufgefunden war und Gebhard bis zuletzt jede Schuld im Abrede stellte. Um der Todesstrafe zu entgehen, hat Gebhard nun am Donnerstag vormittag ein umfassendes Geständnis abgelegt und erklärt, daß er seinen Geschäftsfreund Löwenthal während eines Streites in seiner Birkenfelder Wohnung mit einem Hammer erschlagen und die Witwe in der Nähe seiner Wohnung verscharrt habe. Die Witwe ist bereits aufgefunden. Bei der so veränderten Sachlage wird vermutlich jetzt wieder ein neuer Gerichtstermin eingelegt werden. —

Ein Liebesdrama.

Am Mittwoch wurden in Berlin im Hause Premer Straße 46 die 31 Jahre alte Frau Ida Dittmann, deren Liebhaber der 37 Jahre alte Schlosser Otto Börner aus Stettin und der 9jährige Sohn Alfred, der ersten tot aufgefunden. Bei den drei Personen war der Tod durch Leuchtgasvergiftung eingetreten. Nach hinterlassenen Aufzeichnungen handelt es sich um einen im gegenwärtigen Einvernehmen vorgenommenen Selbstmord. Das Kind hatte sie mit in den Tod genommen. —

Homburg ohne Licht.

Ein Kurzschluß hatte zur Folge, daß auf der Straße Homburg-Oberursel ein Kabel durchbrannte, wodurch die Stadt Homburg am Donnerstag jeder Zuführung von elektrischer Kraft bedroht wurde. Die elektrischen Bahnen in der Stadt standen den ganzen Tag still, die Betriebe mußten großenteils die Arbeit ruhen lassen, die Beleuchtung konnten nicht eingeschalten, und das Theater mußte die Vorstellung ausfallen lassen. In den Häusern ist es zumeist der ganzen Abend dunkel, da Kerzen nicht auszureichen sind. Bei Einbetriebnahme der Zentrale des Homburger Elektrizitätswerks zeigten sich beide Kessel beim Anheizen defekt, so daß auch diese Quellen versagt sind. Das heißt mit, daß vor Sonnabend voraussichtlich kein Strom vorhanden sein wird. —

Gente Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, Vortrag Dr. Marquard (Berlin) über "Die Entwicklung des Luftkriegs". Flieger-Ausstellung, Fürstenhof, Victoriastraße. Sonntag letzter Tag der Ausstellung!

Eingegangene Druckschriften.

Alle verlangten Aufschriften werden nicht zurückgeschickt. Bezeichnungen vorbehalten für hier angeführte Bücher und Schriften sind aus durch die Buchhandlung der "Schriftstube" und deren Soloworte zu beziehen.

In Neclams Universal-Bibliothek erschien: Nr. 5951—5953. Johannes Scherr, Michel, Geschichte eines Deutschen unserer Zeit. 2. Band. (330 S.) — Nr. 5954. Karl Bröger, Der unbekannte Soldat. Kriegstage und Schicksale des kleinen Mannes. (95 S.) — Inhalt: Aus meinem Kriegstagebuch. — Bis Weihnachten. — Die Wölfe und der Schimmel. — Der Lannenweg. — Die Wölfe. — Die Wandlung. — Gewissen. — Der Menschenfreund. — Ein Wiedersehen. — Der erste Kampf. — Der Mann, der die Heimat sucht. — Nr. 5955. Wilhelm Lüdecke, S. M. S. "Dresden". Nach Mitteilungen von Offizieren und Matrosen. Mit drei Abbildungen. (96 S.) — Nr. 5956. Albert Rehm und Martin Freytag, Als ich noch im Flügelsteide. Ein fröhliches Spiel in drei Aufzügen.

(102 S.) — Nr. 5957—5960. Kriegsgeschichte des Deutschen Heeres. Ueber die Gründungszeit. Abgeschlossen am 1. Juli 1917. Zweitauflage mit kurzen Annalen und Sachregister. Herausgegeben von Karl Pannier. (320 S.) Preis jeder Nummer 25 Pf. und 20 Prozent Lernungszuschlag. Verlag von Philipp Reclam jun. in Leipzig. —

Georg Wegener, Der Wall von Eisen und Feuer. Zweiter Teil: Champagne — Verdun — Somme. 160 Seiten mit 32 Abbildungen. Leipzig: J. A. Voehaus. 1917. Geheftet 1 Mark. —

Vereins-Kalender.

Schneebest. Kriegsbeschädigte und ehemalige Kriegsteilnehmer. Sonntag vormittag 10 Uhr Mitgliederversammlung im "Stadtpark". 787

Briefkasten.

100. Stellen Sie beim Bezirksfeldwebel einen Antrag auf Gewährung der bedingten Rente, die im Falle dringender Bedürftigkeit bewilligt werden kann und die bis zu 50 Prozent der Vollrente beträgt. — Geben den Beifeld, durch den die Rente unter 10 Prozent festgesetzt worden ist, können Sie Einspruch erheben. —

M.-B.-Gruppe. Militärstrafgesetzbuch können Sie von uns erhalten. Preis 45 Pfennig. —

Rechtsrat A. M. Durch verschlechterndes Verhältnis des Bürgers nicht ist die Beantwortung Ihrer Anfrage unrichtig. Es muss richtig heißen: Die Eltern bzw. Großeltern einer Kriegerfrau sind nicht verpflichtet, für deren Unterhalt zu sorgen. —

Kriegsbeschädigter. 1. Zeitig kriegsunbrauchbar infolge Krankheiten en Augen, Geschlechtsorgan; leidet an Hypertonie oder Neurose oder Psychos. Sie werden die Frage ungenau gestellt haben. Die Strafe fällt nicht unter den Straf. —

W. S. R. 3. Eine solche Verfügung besteht nicht, hat auch nicht in der "Vollzumme" gestanden. —

Aboantritt 44. Auf die Rente haben Sie keinen Anspruch. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.	Salzw.	Wüm.
Berndorf . . .	21. 2. — 0,46 0,01	Witten . . . 22. 2. + 0,52 0,04
Brandis . . .	- + 0,60 0,08	Saale . . .
Wittenberg . . .	- + 0,06 0,03	Großth . . . 22. 2. + 1,42 0,04
Leitmeritz . . .	22. 2. — 0,00 0,14	Trotha . . . + 2,22
Auflig . . .	-	Bernburg Altp. . . + 1,43 0,07
Dresden . . .	- - 1,20 0,09	Kalbe Altp. . . + 1,68 0,01
Torgau . . .	- + 0,87 0,11	Kalbe Unterp. . . + 1,18 0,08
Wittenberg . . .	- + 2,11 0,10	Grizehne . . . + 1,22 0,03
Nobitz . . .	- + 1,43 0,17	Havel . . .
Aken . . .	21. 2. + 1,77 0,25	Brandenburg Oberpegel . . . 21. 2. + 2,20
Barby . . .	22. 2. + 1,82 0,18	Brandenburg Unterpegel . . . + 1,74 0,01
Magdeburg . . .	- + 1,41 0,16	Rathenow . . .
Langerndorf . . .	- + 2,55 0,23	Oberpegel . . . + 1,62 0,02
Wittenberge . . .	- + 2,60 0,12	Rathenow . . . + 1,20 0,02
Zerren . . .	21. 2. - - 0,08	Unterpegel . . . + 1,20 0,02
Dömitz . . .	- + 2,21 0,01	Havelberg . . . "
Darchau . . .	20. " + 2,01 0,01	Dresden Trebitz, Schwab, Torgau eisfrei. Wittenberg eisfrei. Wism. Trebbis schwach. —
Boizenburg . . .	21. " + 2,14 0,10	
Hohnstorf . . .	20. 2. + 2,50 0,01	

Wettervorhersage.

Sonnabend, 23. Februar: Wölfe, mild, gewisse Regen. —

Konditorei Hermann Körner

am Dom — Breiteweg 213 — am Dom

Wiedereröffnung

Sonnabend den 23. Februar, 11 Uhr. Kaffee

Blusen aller Art

finden preiswert zu haben
Tränsberg 51, Eg. Wallstr. u. II

An der Elbe 8/9.

Ernst Funke.

Schnürseiten —

im Seide, Mako usw. in allen
Preislagen offen

A. Saenger, Frankfurterstr. 7.

Trauer-

Hüte, Kleider, Blusen, Rocke
Handschuhe, Schleier, Krepps

295 Schürzen usw.

in allen Preislagen und größter Auswahl

Schnellste Lieferung via Frachtauto

Lange & Münzer

Breiteweg 51, 51a, 52

Trauerkarten Sudh. Böllschw.

Todesanzeige.

Glücklich und unverwacht verließ Donatina nicht mein lieber, guter Mann, unser treuerster Sohn, Schwieger- und Großvater der Kinder.

2019

Wilhelm Bode

im 52. Lebensjahr. Dies zeigen tiefsinnige an

Witwe Luise Bode geb. Böddeke

nebst allen hinterbliebenen.

Ruhe sanft!

Die Beerdigung findet am Montag den 25. Februar,
nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhaus, Magdeburg-Südost,

Gothringenstraße 18, aus.

Am Donnerstag vormittag 10½ Uhr entzieht

plötzlich und unverwacht verließ Donatina nicht

mein lieber Vater und Schwiegervater und mein lieber

heiligster Großvater der Kinder.

2019

August Schäfer

im 65. Lebensjahr.

Dies allen Freunden und Bekannten zur Gedächtnis-

mit der Bitte um feste Teilnahme.

Die bestauerten Hinterbliebenen:

Ernst Schäfer, j. St. im Felde, und Frau

Dora geb. Brüggemann.

Otto Kleinhardt und Frau

Klara geb. Schäfer.

Beerdigung findet Montag den 25. Februar, nach-

mittags 3½ Uhr, von der Kapelle des Friedhofs Fried-

hoff aus.

Gewerkschaftskartell Magdeburg

Kollegen und Kolleginnen! Am Sonntag den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, fünf öffentliche Ritter-Versammlungen.

Zusageordnung:

1. Wohnungsnot und Mietsteigerungen

2. Freie Aussprache

Die Vorgänge auf dem Wohnungsmarkt machen es unsrer Mitgliedern und unsrer Ehefrauen zur Pflicht, sich gegen die unzulässigen Forderungen der Mieter zu wenden. Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

Reichshof, Magdeburg, Kaiserstraße 19 | Zum Deutschen Hof, Sudenburg, St. Michael-Straße 16

Reichsstraße, Magdeburg, Salomonstraße 42 | Thalia, Suden, Dorotheenstraße 14

Becker Hirsch, Neue Neustadt, Friedrichsplatz 2

Referenten sind: Stadtrat Hermann Beims, Stadtratssekretär Paul Hoffmann, Stadtratssekretär Richard Ritsch, Arbeitsdirektor Gustav Krüger und Stadtratssekretär Ernst Wittmaack.

Befreit die Versammlungen vollständig, auch die Ehefrauen der Mitglieder müssen erscheinen. Die Mitglieder aus Wilsdruff werden die Versammlungen in der Reichshof, die aus der Alten Neustadt die in der Thalia besuchen. Der Vorstand, Aug. Düngel, I. Kommandeur

102

Holzsohlen	Paar 77-70	64,-
Holzsohlen	Paar 2.20-2.00	1.95
Damen-Pantoffel	Paar 3.60-3.25	2.70
Herren-Pantoffel	Paar 4.35-3.40	2.95
Ganze Holzsohlen	zum Selbstfestlegen von Holzsandalen u. Pantoffeln	

Baxxosch

Ruhebett
(Chaiselongue)
gut bemüht
148.50 125.00

Ohne Seifenkarte!

Schaumbettwaschpuder	Paar 60,-
Heilspuder	Paar 25,-
Lungenpuder	Paar 30,-
Waschspuder, rote Farbung	Paar 50,-
Waschspuder, gelbe Farbung	Paar 30,-
Blöschentrakt	Paar 75,-
Dr. Bäumes Waschmittel	Paar 30,-
Fix-Sauer	Paar 95,-
Seifenspender	Paar 30,-
Stinkersatz Zahnglanz	Paar 50,-
Schuhcreme	eine große Dose 1.55
Spiritus-Ersatz	Paar 60,-
Ton-Waschmittel	Paar 8,-
K.-A.-Seife aus Seifenpuder hergest.	

Halbstores mit Volant	59.50	33.50	31.50
Künstler-Gardinen, Stellig	65.00	59.00	52.00
Schleier-Gardinen, vom Stind	10.50	9.75	7.50
Abgepaßte Schleier-Gardinen, 2 Flügel	75.00	69.50	65.00
Abgepaßte Scheibengardinen	Stind 4.95	4.25	3.35
Abgepaßte Köper-Querbehänge	11.85	9.85	7.50
Tüll-Bettdecken, 1bettig	59.00	29.50	26.50
Tüll-Bettdecken, 2bettig	115.00	90.00	76.50
Perl-Vorhänge für Fenster und Türen	75.00	52.50	
Gardinen-Mull, 120 cm breit	Meter 11.50		
Wachsdeckenstoff, 100 cm breit	Meter 6.95		
Waschbare Tischdecken	10.50	7.50	6.95
Künstler-Tischdecken	29.50	21.50	17.50
Diwan-Decken	108.00	90.00	

Weclet goldfarbenes Med	7.50
Kinder-Lockgürtel	1.45
Heim-Zigarettenreis	1.15
Schwarzsilber Uhren	1.15
Kinder-Kreuzchen in goldfarb.	

Rasiercreme „Mia Cara“	Topf 1.85
Rasierapparat und Klinge	1.75
Restierklingen	Stind 30.12,-
Barbinden	Stind 1.50
Barbwasser	Stindje 58,-
Barponsade	Unte 24.18,-
Kepwasser, Simillinenkraft	Stindje 5.25
Balsamisches Zahnwasser	Stindje 1.45
Mandolino „Rambantein“	Station 1.90
Rasiergarnitur, Spiegel, Käpi, Pinzel 1.65	
Zahnärzteschädel	1.75
Holz-Frisierzettel, sehr halbar	1.10
Taschenblätter mit kleinen Schildern	95,-
Haarschmuck	in großer Auswahl

Damen-Handschuhe, Biegenleder,	
Stepper, jüngig	Paar 7.50
Damen-Handschuhe, prima Biegenleder,	
Stepper, mod. Föltunfarben Paar 10.75	
Damen-Handschuhe, Rocha-Gras,	
marine und grün	Paar 8.75
Herren-Handschuhe, Chortieber,	
grün und braun	Paar 8.75
Herren-Handschuhe, Rappa, Siepper	
Paar 11.50	
Herren-Handschuhe, prima Rappa,	
Stepper und Latscher	Paar 14.50

Herren-Krawatten, breite Selbstbinde,	
moderne Neuheiten 4.50 3.75 2.95 2.25	
Herren-Krawatten, lange Formen	
2.95 2.45 1.95 95,-	
Herren-Hosenträger in vielen Ausführungen	
2.25 1.95 1.75 1.45	
Herren-Fliegermützen, blau 9.25 8.25 4.95	
Knaben-Fliegermützen, blau, mit Abzeichen	
6.95 4.25 3.95	
Knaben-Prinz-Henrich-Mützen 4.25 3.45	
Kinder-Matrosenmützen, blau, mit Schrift	
6.50 4.50 2.95	

296
Fior de St. Felix 10 St. 5.50 Röfe 100 St. 55.00
Oraniens Stelz 10 , 6.50 , 50 , 32.50
Zigaretten 100 Stind 12.00 10.00 8.00 6.00
Rauchkräuter Paar 60,-
Rauchtabak 1/2 Pfund 3.60

Vom 1. März an sind unsere Verkaufsräume von 8 bis 6 Uhr geöffnet.

Olympia-Lichtspiele
Alte Neustadt, Wittenberger Straße 4.
Sitzung ab Sonntag
Exzentrik-Klub
Samst. ab 5 Uhr.
Sitzung ab Montag
Der Schwur

Geellschaftshaus Neuer Schön
Leipziger Straße 454. Leipziger Straße 454.
Samstag ab 21. Schön

Großes Künstler-Konzert

Samstag ab 21. Schön

Freie Turnerstift Schönebeck

Samstag ab 21. Schön 1918

Montag ab 21. Schön im „Sportpalast“

Unterhaltungssabend

Samstag ab 21. Schön

Geheimnisvolle Mysterien

Samstag ab 21. Schön

Die geheimnisvollen Strahlen

Samstag ab 21. Schön

Ich kenne keine Parteien mehr

Samstag ab 21. Schön

Güterförderung

Samstag ab 21. Schön

Die Segnungsfeier

Samstag ab 21. Schön

Wiederholung

Samstag ab 21. Schön

Der Sieg des Februar

Samstag ab 21. Schön

Der Sieg des Februar